

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/93

Bonn, den 19. Mai 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Schritt für Schritt voran

92

Politik des "alles oder nichts" trägt keine Früchte  
Willy Brandt in den USA

3 - 5

Ein Gebot der Gerechtigkeit

138

Wehrpflichtige und ehemalige Wehrpflichtige müssen in der  
gesetzlichen Rentenversicherung gleichgestellt werden!

Von Paul Schmidt

5

Gewandelte Eindrücke

38

Das Deutschlandbild sowjet-russischer Journalisten

6

Übergewicht privater Interessen ?

48

Die Kieler Koalition und der Nordwestdeutsche Rundfunk

## Schritt für Schritt voran

Politik des "alles oder nichts" trägt keine Früchte

G.H. - Willy Brandt hat am vergangenen Wochenende in New York eine Rede gehalten, die einige Kommentatoren in der Bundesrepublik zu der Frage veranlaßt, ob die SPD einen "new look" in ihrer Aussen- und Deutschlandpolitik anstrebe.

Prüfen wir, ob diese Frage berechtigt ist.

\* \* \*

Die Tatsache, daß der französische Staatspräsident durch seine Eigerwilligkeit viele Europaträume zerrinnen ließ, wird wohl niemand bestreiten. Ebenso ist unbestritten, daß de Gaulle durch sein Verhalten in der allgemeinen internationalen Politik einiges in Bewegung gebracht hat, was noch vor kurzem angeblich "unveränderbar" war.

Richtig ist auch, daß zwischen Ost und West zur Zeit ein ausbalanciertes militärisches Kräfteverhältnis besteht. Aber gerade dieser Zustand birgt in sich sowohl die Möglichkeit des Einfrierens der deutschen Frage wie auch die des Suchens nach neuen Ansatzpunkten für die Lösung von Teilproblemen, die den Entspannungsprozeß zwischen Ost und West fördern können.

An die Existenz dieser Realitäten hat Willy Brandt erinnert und hinzugefügt, man könne die "Schuld" an ihnen nicht de Gaulle allein in die Schuhe schieben. Auch das ist richtig, wenn es auch bisher vom offiziellen Bonn nicht öffentlich sondern meist nur hinter vorgehaltener Hand gesagt wurde.

\* \* \*

Als Konsequenz dieser Realitäten hat Willy Brandt, seit jeher auf der Suche nach Ansatzpunkten für die Überwindung einer zweifellos bestehenden Stagnation in der Deutschlandfrage, einige Hinweise in Richtung auf jene Politik gegeben, die der ermordete Präsident Kennedy einmal "Strategie des Friedens" nannte, ein Wort, das auch von Präsident Johnson zur Kennzeichnung der amerikanischen Politik übernommen wurde.

Hierbei nannte der SPD-Vorsitzende die selbstverständliche Aufgabe der freien Welt, ihr Verteidigungsbündnis zu festigen. Gleichzeitig erinnerte Willy Brandt die Europäer aber auch daran, daß Europa nicht an der Zonengrenze und an der Ulbricht-Mauer aufhört, daß es größer und weiter ist und daß die Menschen im östlichen Nachbarreich einen Anspruch darauf haben, von uns als Europäer gewertet zu werden.

Daß ein Mann wie Willy Brandt aus derartigen Feststellungen, deren Richtigkeit kaum bezweifelt wird, auch eine praktisch-politische Verhaltensweise ableitet, dürfte wohl eine Selbstverständlichkeit sein und sollte niemanden überraschen.

\* \* \*

"Neu" im Sinne einer "politischen Sensation" ist das alles nicht. Zwei Tage vor der Abreise des SPD-Vorsitzenden nach den USA konnte jeder, der es wollte, im SOZIALDEMOKRATISCHEN PRESSEDIENST und im VORWÄRTS in einem Kommentar zur gerade beginnenden NATO-Tagung in Den Haag lesen:

\* "Im Auf und Ab der Chancen, unser Problem eines Tages gelöst  
\* zu sehen, ergeben sich auch jetzt für die deutsche Politik  
\* e i g e n e Aufgaben. Es ist notwendig, in den Bemühungen  
\* zur Verbesserung des Klimas nicht nur zur Sowjetunion, son-  
\* dern auch zu allen anderen Staaten des Ostblocks nicht nach-  
\* zulassen. Hierbei wird man sich nach vielen Jahren vergebli-  
\* cher Anstrengungen darüber klar sein müssen, daß es nach dem  
\* zweiten Weltkrieg ebenfalls vieler Bemühungen bedurfte, um  
\* die früheren w e s t l i c h e n Kriegsgegner Deutschlands  
\* davon zu überzeugen, daß unser Volk seine Zukunft in Frieden  
\* und im Geiste guter Nachbarschaft mit a l l e n Völkern  
\* gestalten will. Jeder kleine Fortschritt in Richtung auf die  
\* Verbesserung des Klimas zu unseren östlichen Nachbarn ist ein  
\* Gewinn für das deutsche Volk. Hierbei geht es aber nicht nur  
\* um das deutsche Schicksal und um die deutschen Probleme. Wir  
\* werden uns darüber klar sein müssen, daß die Chancen zu deren  
\* Lösung um so größer sind, je deutlicher wir darstellen können,  
\* wie sehr das Schicksal unserer Nation mit dem Schicksal Euro-  
\* pas verbunden ist."

An einer anderen Stelle des gleichen Artikels heißt es:

\* "So hat z.B. der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert  
\* W e h n e r in völliger Übereinstimmung mit dem stellver-  
\* tretenden Sprecher der Pommerischen Landmannschaft, Philipp  
\* von B i s m a r c k, betont, die Auflösung der Spannungen  
\* zwischen Ost und West im europäischen Raum müsse auf der  
\* h ö h e r e n Ebene eines vereinten Europa angestrebt wer-  
\* den. Unwiderrprochen blieb auch die These, daß die Politik  
\* der Bundesrepublik für den Ausgleich nach a l l e n Seiten  
\* offen sein müsse; mit einer Einschränkung, daß eine solche  
\* Politik des Ausgleichs keine Kapitulation der allgemein gülti-  
\* gen Menschenrechte vor einer Macht- oder Annektionspolitik  
\* sein dürfte." - Und abschliessend: "So gesehen ergeben sich  
\* auch für die offizielle deutsche Politik neue Ansätze zur  
\* Überwindung des Status quo in Europa, durch die gleichzeitig  
\* die Überwindung der Spaltung Deutschlands u n d Europas  
\* erweicht werden soll."

Diese auch vor Willy Brandt in seiner New Yorker Rede entwickel-  
ten Vorstellungen haben in den USA Zustimmung gefunden. Außerdem wur-  
de positiv vermerkt, daß der SPD-Vorsitzende die Politik des "alles  
oder nichts" für sinnlos hält, dagegen aber das schrittweise Bemühen  
um die Durchlöcherung der Mauer in Berlin und die Verbesserung der  
menschlichen Beziehungen im geteilten Deutschland als ein Mittel be-  
trachtet, um die Deutschlandpolitik nicht einfrieren zu lassen.

Das ist eine beachtliche Anerkennung für die Haltung von Willy  
Brandt, zumal in den letzten Wochen mehr als einmal davon die Rede  
war, daß sich in den Vereinigten Staaten im Augenblick kein allzu  
großes Interesse für irgendwelche Initiativen mit dem Ziel der Über-  
windung des Status quo in Europa zeige.

Von Paul Schmidt

In der Tagespresse finden weiterhin Auseinandersetzungen statt, in deren Vorlauf immer stärker die Forderung nach mehr Gerechtigkeit für diejenigen rentenversicherten und rentenberechtigten Personen erhoben wird, die in der Vergangenheit Wehrdienst und Kriegsdienst geleistet haben. Diese Auseinandersetzungen gehen darauf zurück, daß unmittelbar vor der am 26. April 1964 in Baden-Württemberg stattgefundenen Landtagswahl der Abgeordnete Ruf (CDU) verlauten ließ, seine Fraktion werde die Härten des gegenwärtig geltenden Rentenversicherungsrechtes beseitigen. Inzwischen meldeten sich Persönlichkeiten zu Wort, die in der Vergangenheit Wehrdienst und Kriegsdienst leisteten. Sie verlangen, daß auch diejenigen Vorschriften der Rentenversicherungsgesetze verbessert werden müssen, in denen - bisher leider unzulänglich - Zeiten früheren Wehrdienstes und Kriegsdienstes das Versicherungsverhältnis und die Leistungsansprüche nachteilig beeinflussen.

Die SPD betrachtet die 1957 herbeigeführte Rentenreform als einen Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung. Die SPD hat aber bereits bei den Beratungen und der Verabschiedung der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze darauf hingewiesen, daß das neue Recht frei sein muß von Härten und Mängeln. Leider wurden entsprechende Anträge der SPD von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt. Zu jener Zeit verfügte die CDU/CSU im Bundestag noch über die absolute Mehrheit.

#### Härten und Mängel

Schon in der ersten Zeit der Anwendung der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze ergaben sich zahlreiche Härten und Mängel gerade für Kriegsteilnehmer. Mit ihrer Großen Anfrage vom 28.11.1957 hat die SPD der Bundesregierung wertvolle Anregung dafür gegeben, daß die Zeiten des Militärdienstes in der Rentenversicherung voll berücksichtigt werden sollten. Die Bundesregierung negierte dies, und die Bundestagsmehrheit sprach sich gegen die Forderungen der SPD aus, die erkannten Härten und Mängel zu beseitigen.

Ein besonderer gesetzgeberischer Anlaß, nämlich die Verlängerung des Grundwehrdienstes von 12 auf 18 Monate, war sodann für die SPD der Grund, im Bundestag den "Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung der Wehrpflichtigen und der ehemaligen Wehrpflichtigen in der sozialen Rentenversicherung" einzubringen. Mit diesem Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache 15/122) beabsichtigte die SPD insbesondere folgende Verbesserungen herbeizuführen:

- 1) Alle Zeiten des Militär- oder militärähnlichen Dienstes müssen ohne Einschränkung als Zeiten einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung gewertet werden. Gleiches hat auch für Zeiten der Kriegsgefangenschaft und einer sich daran anschließenden Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu gelten.
- 2) Die Ausschlußfrist für die Anrechnung von Beiträgen vor 1924 ist für Wehrpflichtige zu beseitigen (von dieser Ausschlußfrist werden gegenwärtig noch insbesondere Soldaten des zweiten Weltkrieges betroffen, die nach dem Krieg in freien Berufen tätig geworden sind).
- 3) Wehr- und Kriegsdienstzeiten müssen für die Berechtigung zur freiwilligen Weiterversicherung die Bedeutung von Zeiten einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung haben.
- 4) Wehr- und Kriegsdienstzeiten sind auch bei Gewährung von Maßnahmen der gesundheitlichen und beruflichen Wiedereingliederung voll als Versicherungszeiten zu werten.

- 5) Wehr- und Kriegsdienstzeiten sollen bei der Anwendung der sogenannten Halbedeckung außer Betracht bleiben (nach dem gegenwärtigen geltenden Recht hat der frühere Soldat, je länger er Wehr- und Kriegsdienst leistete und je länger er sich in Kriegsgefangenschaft befand, eine umso geringere Aussicht auf spätere Anrechnung seiner Schul- und Berufsausbildungszeiten, Zeiten der Krankheit und der Arbeitslosigkeit).

Bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfes hat der jetzige Fraktionsvorsitzende Erler darauf hingewiesen, daß "die Sicherung und Stärkung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung mehr ist als ein militärisches Problem, aber auch ein militärisches Problem. Zu dem Mehr gehört das Einführen der Staatsbürger zu der Demokratie, die sie mittragen müssen. Dazu gehört auch jenes Kapitel, um dessen Gestaltung wir hier so oft ringen: die soziale Gerechtigkeit, die Freiheit von Not bei Alter, Invalidität und Krankheit, bis hin zur Steuerpolitik". Der Abgeordnete Professor Dr. Schellenberg erinnerte daran, daß "für die Zeit nach dem 1. Mai 1961 für alle Wehrpflichtigen eine Rentenversicherung auf Bundeskosten gewährleistet ist", eine Tatsache, die auf die sozialpolitische Initiative der Sozialdemokraten im Bundestagsausschuß für Sozialpolitik zurückzuführen ist. Kommer mussen "der nächste Schritt getan werden zu einer Gleichstellung, denn nach dem geltenden Recht sind Wehrpflichtige für die Zeit vor dem 1. Mai 1961 sowie Soldaten des ersten und des zweiten Weltkrieges in der Rentenversicherung unterschiedlich behandelt, und dies entspricht keiner sinnvollen Regelung. Alle Bürger, die wehrpflichtig sind oder es waren, haben im sozialen Bereich Anspruch auf gleiches Recht".

Der hohe sozialpolitische und auch sozialethische Wert, der diesem Gesetzentwurf der SPD beizumessen ist, die Tatsache, daß sowohl die CDU/CSU als auch die FDP seinerzeit im Bundestag bei der Einbringung nicht widersprachen und daß ein maßgebender Sozialpolitiker der CDU/CSU durch einen entsprechenden Zwischenruf zu erkennen gab, es könne mit ernsthaften Gesprächen gerechnet werden, ließ die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß der von der SPD eingebrachte Gesetzentwurf im Bundestag angenommen werde. - Der Berichterstatter des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik, Abgeordneter Raß (CDU), gab durch seine schriftliche Bericht vom 13. 4. 1962 (Bundestagsdrucksache zu IV/269) dem Bundestag in seiner 28. Sitzung am 9. Mai 1962 bekannt, daß "die Mehrheit des Ausschusses den Gesetzentwurf abgelehrt hat, da nach ihrer Auffassung die meisten der vorgeschlagenen Bestimmungen mit den Grundsätzen der Neuregelung der Rentenversicherung nicht in Übereinstimmung zu bringen sind". Er führte ferner aus, "daß man diese Fragen im Rahmen einer späteren Gesamtüberprüfung der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze mit bearbeiten sollte". Die Mehrheitsfraktionen des Deutschen Bundestages versagten sich geschlossen bei der Abstimmung über den SPD-Entwurf den berechtigten rentenversicherungsrechtlichen Ansprüchen der früheren Soldaten.

#### Beschwerden aus der Bundeswehr

Nicht nur aus der sozialpolitischen Sicht der SPD war es gerechtfertigt und durchaus sinnvoll, im Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung der Wehrpflichtigen und der ehemaligen Wehrpflichtigen in der sozialen Rentenversicherung einzubringen. Auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages sah sich veranlaßt, auf eine Reihe rentenversicherungsrechtlichen Unzulänglichkeiten aufmerksam zu machen, die bereits zu zahlreichen Eingaben von Bundeswehrangehörigen geführt hatten. In einem an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gerichteten Schreiben des Wehrbeauftragten heißt es u.a.:

- \* "Wie mir der Bundesminister der Verteidigung mitgeteilt hat,
- \* hat er Sie im März d.Js. gebeten, dieses Problem in dem Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung der Wehrpflichtigen

19. Mai 1964

- \* und der ehemaligen Wehrpflichtigen in der sozialen Renten-
- \* versicherung (Bundestagsdrucksache IV/122) zu berücksich-
- \* tigen. Aufgrund meiner Feststellungen möchte ich den Wunsch
- \* des Bundesministers der Verteidigung in vollen Umfang unter-
- \* stützen."

In seinem Schreiben beklagte sich der Wehrbeauftragte auch darüber, daß "Soldaten der Bundeswehr, die nach dem Wehrpflichtgesetz vom 21. 7. 1956 Dienst leisten, den 'alten Soldaten' gegenüber benachteiligt sind".

Für die SPD ist die am 9. 5. 1962 von der Mehrheit des Bundestages abgelehnte Gleichstellung der Wehrpflichtigen und der ehemaligen Wehrpflichtigen in der sozialen Rentenversicherung auf der sozialpolitischen Tagesordnung geblieben. Leider wird es jedoch erst unter anderen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag möglich sein, die von ihr bereits 1962 ernsthaft gewollte sinnvolle und gerechte Gesetzesänderung herbeizuführen. Bis dahin bleiben die ehemaligen Soldaten weiterhin benachteiligt.

+ + +  
Gewandelte Eindrücke

sp - Die Einladung des Deutschen Journalistenverbandes an sieben sowjetische Journalisten hat sich gelohnt. Drei Wochen lang reisten sie durch die Bundesrepublik, führten Gespräche mit Abgeordneten und Ministern - ein zweieinhalbstündiges mit Bundeskanzler Erhard - besuchten Fabriken, diskutierten mit deutschen Redakteuren und Verlegern, sprachen mit Kommentatoren des Rundfunks und nahmen an einer Sitzung der Hamburger Bürgerschaft teil - Gelegenheit genug, ein Bild bestimmender Eindrücke zu gewinnen. Man konnte gespannt sein, wie sie ihre in der Bundesrepublik gewonnenen Erfahrungen und Einsichten in ihrer staatlich gelenkten Presse wiedergeben würden. Die ersten nun veröffentlichten ausführlichen, teilweise recht lebendigen geschriebenen Berichte liegen vor. Sie lassen ein von dieser Seite bisher nicht gekanntes Bemühen um Objektivität erkennen, natürlich eingegrenzt durch die kommunistische Brille. Immerhin erhalten die Leser ein Bild von der Bundesrepublik, das gewisse durch viele Jahre hindurch eingepackte Grundvorstellungen erschüttern muß und Seiten der deutschen Wirklichkeit enthält, die ihnen vorenthalten und verschwiegen wurden. Es will schon etwas bedeuten, wenn Millionen russischer Zeitungsleser erfahren:

"Wo wir auch hinkommen - in den Hamburger Verlagshäusern der großen Zeitungen und Zeitschriften, beim Norddeutschen Rundfunk und in der Hamburger Bürgerschaft sowie in allen anderen all westdeutschen Städten, die wir besucht haben -, überall sprach man sofort und ausdauernd von der Teilung Deutschlands". "Keine Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands wäre nationaler Selbstmord", hörten wir bei einer Diskussion in dem größten Hamburger Verlagshaus, "wir Deutsche können es nicht zulassen, daß Deutschland geteilt bleibt! Niemand sollte uns zum nationalen Selbstmord treiben! Wir haben einmal kapituliert, ein zweites Mal werden wir nicht nachgeben!"

In einem anderen Bericht, erschienen in der PRAWDA, heißt es:

"In die Arena des aktiven Lebens in Westdeutschland tritt nun eine Generation, die nicht mehr unter den Erinnerungen des Krieges leidet. Sie brennt darauf, sich mit den östlichen Nachbarn bekannt zu machen."

Das sind ungewohnte Töne, wohl geeignet alle zu krasse Verzerrungen des vom Krenl gepflegten Deutschlandbildes einigermaßen zurechtzurücken. Das Experiment steckt noch in den Anfängen, es fortzuführen, würde die Flugheit gebieten.

19. Mai 1964

Übergewicht privater Interessen?

Die Kieler Koalition und der Nordwestdeutsche Rundfunk

sp - Der 1955 zwischen den Bundesländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein abgeschlossene Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk ist 1965 erstmalig mit zweijähriger Auslauffrist kündbar. Es entsteht daher die Frage, ob die Regierungskoalition von CDU und FDP in Kiel diesen Staatsvertrag kündigen, den NDR zerschlagen und eine Landesrundfunkanstalt mit starkem Einfluß privater Interessen etablieren will.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. S c h w i n k o w s k i, der dem Verlagshaus einer Zeitung in Kiel verbunden ist, begann die ganze Angelegenheit vor Jahr und Tag, indem er im schleswig-holsteinischen Landtag durch eine Serie von Fragen die Werbeeinnahmen des NDR-Fernsehens aufs politische Tableau hob. Inzwischen hat Dr. Schwirkowaki eine Studie erarbeitet, die ein Landesrundfunkgesetz für Schleswig-Holstein fixiert, das Privaten die Gründung von Anstalten ermöglicht, die Hörfunk oder Sehfunk ausstrahlen.

Der sozialdemokratische Oppositionsführer K ä b e r hat im schleswig-holsteinischen Landtag das Projekt abgelehnt. Er argumentierte, es liege in einem solchen Gesetz kein Sinn, denn die jetzt vorhandenen Institutionen des NDR und des Zweiten Fernsehens reichten durchaus zur geordneten Versorgung von Schleswig-Holstein. Das Landesrundfunkgesetz sei unnötig. Man müsse sehen, daß die Initiativen dazu von Gruppen ausgehen, die doch nur Privatinteressen ins Spiel bringen möchten. Falls Schleswig-Holstein den Staatsvertrag über den NDR kündige, werde sich dieses kleine Bundesland im Norden isolieren "und im Alleingang nur zu einem besseren Gemeindesender kommen".

Wenn man bei Regierung und Koalition in Kiel in der letzten Zeit fragte, weshalb denn nun mit dem Gedanken gespielt werde, den Staatsvertrag zu kündigen und in Schleswig-Holstein eigene Gesellschafter durch Privatleute etablieren zu lassen, waren die Antworten ziemlich verworren. Man sei auch jetzt nicht so ganz mit "Panorama" einverstanden und hier und da wünsche man sich "mehr Freundlichkeit für die Regierung und die sie tragenden Parteien", hieß es. Offiziell wurde dann erklärt, die Monopolisierung, die dem NDR das alleinige Senderecht zuspreche, sei "unangenehm".

Im Grunde scheint es aber nicht einmal der Wunsch der CDU zu sein, eine parteigenössische Propaganda-Anstalt zu erhalten. Dahinter steht offenbar das noch weitergehende Bedürfnis, den Weg für kapitalkräftige Privatleute freizubekommen, einen Blick auf die Werbeeinnahmen einer von ihnen gesteuerten Anstalt zu werfen. Es muß wirklich bezweifelt werden, ob die Sicherheitskorsetts, welche CDU und FDP in Kiel durch das neue Landesrundfunkgesetz den privaten Anstalten anziehen möchten, auch wirklich Sicherheit vor kommerziellen Interessensendungen geben. Eine private Landesanstalt vor dem Hintergrund einer CDU/FDP-Regierung in Kiel wird zweifellos nicht die Meinung der ganzen Bevölkerung vertreten können, auch wenn der Bundestag die Gesetzgebung über die Gesellschafter so ändert, daß sie in der Form einer Rundfunkanstalt für Schleswig-Holstein gezwungen sind, öffentliche Aufsichtsführende einzunehmen.